

Workshop: Forderungen zur Verbesserung der Versorgung von Betroffenen der exzessiven Mediennutzung

(17.09.2011 Beitrag von Christoph Hirte, www.rollenspielsucht.de, www.aktiv-gegen-mediensucht.de, www.netzwerk-fuer-ratsuchende.de)

„Opium für das Volk?“

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung, wieder bei der Berliner Mediensuchtkonferenz sprechen zu dürfen.

Ich möchte Ihnen im Vorlauf kurz erklären, wie es dazu kam, dass wir uns so intensiv mit dem Thema Mediensucht auseinandersetzen.



Unser ältester Sohn, heute 27 Jahre alt, ehemals Informatikstudent, war vor 4,5 Jahren von „World of Warcraft“ abhängig geworden. Er hatte sämtliche Kontakte nach draußen abgebrochen, seine Wohnung verwahrlosen lassen, hatte sich damals, um uneingeschränkt spielen zu können, exmatrikulieren lassen, hatte Hartz IV beantragt und war auf der sozialen Leiter ganz unten angekommen.

Nach einem langen Kampf hat er sich aus eigener Kraft mittlerweile von den Fesseln der Spiele befreit, von der krankmachenden Exzessivspielerei sind ihm allerdings Depressionen geblieben, die ihm den Einstieg in seine neu erworbene Selbständigkeit immer wieder erheblich erschweren.

Da wir unserem Sohn zunächst nicht helfen konnten, weil er zum damaligen Zeitpunkt dazu noch nicht bereit war, wollten wir wenigstens verstehen, was ihm widerfahren war. So versuchten wir, mehr über die nach wie vor nicht als Krankheit anerkannte Onlinesucht in Erfahrung zu bringen und uns bei Beratungsstellen, Kliniken, im Internet und bei diversen anderen Stellen intensiv über diese Thematik zu informieren. Wir beschlossen, mit unserer Geschichte an die Öffentlichkeit zu gehen, um darüber zu informieren, was passieren kann, wenn jemand die Kontrolle über seine PC-Zeiten und damit oft auch die Kontrolle über sein Leben verliert. Wir sind der Meinung: Wissen schützt und kann verhindern helfen.

Wir haben damals die Elterninitiative **rollenspielsucht.de** ins Leben gerufen und anderthalb Jahre später den Verein...

Seit 08.05.2007 über 825.000 Zugriffe

Auf beiden Internetseiten täglich zwischen 300-500 Zugriffe

..AKTIV GEGEN MEDIENSUCHT e.V.
 gegründet. Die Internetseite
 rollenspielsucht.de wurde bis heute über
825.000 Mal aufgerufen. Täglich haben wir
 auf beiden Internetseiten zwischen **300 und
 500 Zugriffe**. Der Informationsbedarf ist
 enorm! Seit drei Jahren betreuen wir in
 München sowohl eine Selbsthilfegruppe für
 Betroffene als auch eine für Angehörige.



Im August 2008 wurde in der **ARD-Dokumentation** von Anja Reschke u.a. über unsere Arbeit berichtet und dieser Bericht verstärkte die Hilferufe aus allen Richtungen. Wir brauchten Monate, um die Mails zu bearbeiten. Die Beiträge in unseren Foren (Erfahrungsberichte von Angehörigen, Spielern und Aussteigern) liefern einen wichtigen Einblick in das, was in vielen Familien los ist.



Durch die vielen **Telefonate** mit den betroffenen Familien, durch die an uns gerichteten Briefe, durch den wertvollen Austausch mit diversen Beratungsstellen und die Erfahrungen mit den Teilnehmern unserer beiden Selbsthilfegruppen, sind wir tief in diese Materie hineingewachsen und lernen weiterhin tagtäglich dazu.



Ein ganz wichtiger Aspekt ist für uns die **Öffentlichkeitsarbeit** über Presse, Radio und TV, damit mehr Menschen genauer hinsehen. Wir wollen ein kritisches Umdenken in der Gesellschaft bewirken.



Wir halten **Vorträge** an Schulen, in Firmen, bei Pfarrgemeinden etc., und sind mit Referaten oder Workshops bei Tagungen und Kongressen aktiv.



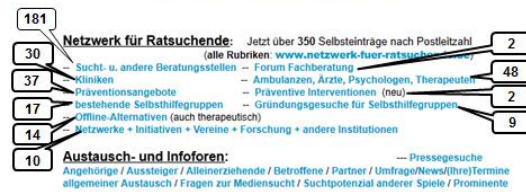
Bereits im Sommer 2007 hatten wir einige hundert Suchtberatungsstellen angeschrieben, verbunden mit der Bitte, Fortbildungsmaßnahmen anzuregen, damit der enorm hohe Bedarf längerfristig besser abgedeckt werden kann. Wir haben **immer** für alle Hilferufenden

bundesweit vor Ort eine Beratungsstelle gesucht. Dies hat häufig viele Tage gedauert und eine Vielzahl von Telefonaten erfordert. Aus der anfänglichen Zettelwirtschaft wurde nach und nach ein System, und so entstand unser

Netzwerk für Ratsuchende, eine umfangreiche, für alle zugängliche Datenbank. Mittlerweile gibt es dort über 350 Einträge. 2x im Jahr verschicken wir eine Aktualisierungsbitte.

DAS NETZWERK FÜR RATSUCHENDE

Alle Einträge wurden von den Stellen eigenständig ausgeführt. 2x im Jahr bitten wir um Aktualisierung.



Das Netzwerk für Ratsuchende wurde als **Projekt des Monats der Drogenbeauftragten der Bundesregierung** ausgezeichnet.

Unser Netzwerk wurde im März 2011 von der Drogenbeauftragten der Bundesregierung als **Projekt des Monats** ausgezeichnet.

Auszeichnung: Projekt des Monats (03/2011) durch die Drogenbeauftragte der Bundesregierung



Um unsere Rubriken wie z.B.: „Sucht- u. andere Beratungsstellen -- Kliniken -- Ambulanzen, Ärzte, Psychologen, Therapeuten“ etc. zu füllen und zum Leben zu erwecken, waren erneut viele Anrufe erforderlich. Wir baten die Stellen, die Ratsuchenden helfen können, sich selbst ins Netzwerk einzutragen und ihr Angebot möglichst detailliert vorzustellen, mit Angaben wie z.B. was genau das jeweilige Angebot umfasst, wer kommen kann (Betroffene oder Angehörige, volljährige Patienten oder Jugendliche?), wer der Ansprechpartner ist und wie die Öffnungszeiten sind. Unser Anliegen ist, die Hemmschwelle, sich tatsächlich Hilfe zu suchen, möglichst niedrig zu halten.

Die große Mehrheit der Gesprächspartner war überaus freundlich. Viele kannten uns bereits und meinten, dass sie unsere Internetseiten immer wieder als wichtige Informationsquelle zur Ergänzung ihrer Arbeit weitergeben.

Bei all diesen Gesprächen und bei den Gesprächen mit den Angehörigen wurde immer wieder deutlich, welche **Defizite** insgesamt nach wie vor bei der Versorgung medienabhängiger Klienten bestehen.

Die Forderungen zur Verbesserung der Versorgung haben wir in verschiedene Bereiche eingeteilt:

1) Politiker

Die frühere Drogenbeauftragte der Bundesregierung hatte sich ganz klar dazu bekannt, dass die bestehenden Sucht- und Beratungsstellen für diese neuen Verhaltenssuchte ausgebildet werden sollen. Leider wurde diese Forderung von der Nachfolgerin bisher nicht geäußert, obwohl das Hilfesystem dringend weiter ausgebaut und dadurch legalisiert werden müsste.

Den verantwortlichen Politikern muss noch deutlicher aufgezeigt werden, wie unausweichlich es ist, für diesen Bereich Gelder zur Verfügung zu stellen. Das Heroin aus der Steckdose macht mittlerweile generationsübergreifend und flächendeckend großen Therapie- und Behandlungsbedarf notwendig. Aus der politischen Ecke kommt zu diesem Thema nach wie vor viel zu wenig Unterstützung. Aus dem Beratungs- und Behandlungsbereich und aus der Selbsthilfe sollte Druck aufgebaut werden, damit mehr Gelder in allen Hilfebereichen bereitgestellt werden. Schreiben Sie doch mal Ihren Abgeordneten.

Bereits im November 2010 hatten wir bei allen Landtags- und Bundestagsfraktionen eine Befragung angestoßen. Wir wollten wissen, was in den Fraktionen und Parlamenten geplant ist, um zu verhindern, dass die Zahl der Betroffenen weiter ansteigt. Damals erhielten wir postwendend nur eine Antwort, und zwar von der Sucht- und Drogenbeauftragten der SPD-Bundestagsfraktion. Von allen anderen Fraktionen gab es nicht einmal eine Eingangsbestätigung. Wir waren schockiert. Diese Ignoranz konnte nur die Schlussfolgerung zulassen, dass dieses wichtige Thema von politischer Seite massiv verdrängt wird. Hier liegt die Vermutung nahe, dass die Lobby der Spieleindustrie zu übermächtig ist.

Beim erneuten Versuch, im August 2011 mehr über die Planungen der Parlamente und ihrer Fraktionen zu erfahren, schrieb ich, dass ich bei anstehenden Vorträgen über die Reaktionen der jeweiligen Landtags- und Bundestagsfraktionen berichten werde. Dies hatte zur Folge, dass diesmal bereits zahlreiche Reaktionen und auch vereinzelt Gesprächseinladungen eingegangen sind. Einige schrieben, dass sie sich neu damit beschäftigen werden. Andere schickten jedoch lediglich theoretische, schön ausgearbeitete, medienpädagogische Konzepte, bei denen nicht unbedingt der Eindruck erweckt wird, dass ausreichende Kenntnisse über die z.T. dramatischen Situationen in den betroffenen Familien vorliegen. Der verbrannte Begriff der Medienkompetenz wird dabei als alleiniges Allheilmittel angepriesen. Doch meist wird vergessen, dass nicht derjenige medienkompetent ist, der die unterschiedlichsten elektronischen Medien so früh wie möglich auf vielfältigste Weise und zeitintensiv zu nutzen lernt, sondern der, der die Medien zielgerichtet zu nutzen weiß und frühzeitig und selbstbestimmt den Aus-Knopf findet. Dies gilt nicht nur für Heranwachsende. Medienkompetenz braucht psychosoziale Reife. Kinder und Jugendliche sind nicht in der Lage, sich eigenständig vor jugendgefährdenden Inhalten zu schützen, ohne dass ihnen der Zugang zu solchen Inhalten konkret erschwert wird. Die meisten Menschen, die Hilfe suchen, haben eine sehr hohe technische Medienkompetenz. Diese schützt meist nicht vor dem Abgleiten in die Mediensucht. Wir werden weitere Antworten abwarten, um eine Zusammenfassung der Reaktionen über unsere Internetseiten weiterzugeben.

2) Beratungsstellen

- Etliche Beratungsstellen klagten, dass sie das Thema Mediensucht nicht noch zusätzlich mit abdecken könnten, da sie eh schon hoffnungslos überlastet seien.
- Manches Mal erhielten wir die Auskunft, dass Hilfesuchende zwar nicht weggeschickt werden, es aber keinen offiziellen Auftrag diesbezüglich gibt. Übereinstimmend wurde uns bei allen Gesprächen bestätigt, dass die Nachfrage gestiegen ist. Nur dem persönlichen Engagement der Mitarbeiter ist es zu verdanken, dass die Hilfesuchenden nicht abgewiesen werden, obwohl kein entsprechendes Budget für entsprechende Planstellen vorhanden ist.
- In einigen Fällen mussten Beratungsstellen ihr Angebot teilweise oder komplett zurücknehmen, weil Gelder bzw. Stellen gestrichen worden waren. Zum Teil konnte aus finanziellen Gründen nur noch Prävention angeboten werden. Etliche Einrichtungen durften sich nicht ins Netzwerk für Ratsuchende eintragen, weil sie sonst mit dem jeweiligen Träger Probleme bekommen hätten, bieten aber dennoch Beratung an.

Die Finanzierung der Beratungsstellen wird immer schwieriger. Die Rentenversicherungen und die Krankenkassen streichen zunehmend die Gelder. Diese skandalöse Entwicklung treibt viele Familien weiter in die Isolation und verschärft die bestehenden Probleme. Je weniger Hilfsmöglichkeiten bestehen, umso mehr fühlen sich die Familien im Stich gelassen.

Fast alle Beratungsstellen waren jedoch übereinstimmend der Meinung, dass es aufgrund der starken Nachfrage mit steigender Tendenz absolut notwendig ist, Fortbildungen zu besuchen und entsprechende Planstellen zu schaffen, um auch in diesem Bereich kompetent helfen zu können.

Da grundsätzlich im Hilfesystem Gelder für diesen Bereich fehlen, müsste neben der Bereitstellung staatlicher Gelder auch nach anderen, unabhängigen Geldquellen gesucht werden. Wie in anderen Suchtbereichen auch, müssten die Mitverursacher, d.h. die Industrie mit ihren Milliarden Gewinnen, zur Kasse gebeten werden. Eine unabhängige Stelle sollte über freiwillige Abgaben oder Steuerzahlungen die Gelder zur Verteilung erhalten. Auch der Bereich der Selbsthilfe sollte dabei bedacht werden. So würde es auch keine Verpflichtung mehr geben, mit oder ohne Vereinbarung, im Sinne des Geldgebers zu handeln.

3) Jugendämter und Familiengerichte

Immer wieder empfehlen wir unseren Teilnehmern und denen, die sich telefonisch oder schriftlich hilfesuchend an uns wenden, die Unterstützung von Fachleuten in Anspruch zu nehmen. Manchmal erleben wir aber, dass Hilfesuchende schon „überall“ gewesen sind, doch mit ihrem Problem nicht wirklich ernstgenommen wurden.

Eine alleinerziehende Mutter z.B., bei der sich die Situation daheim massiv zugespitzt hatte, gab erschöpft und verzweifelt das Aufenthaltsbestimmungsrecht über ihren Sohn vorübergehend an das Jugendamt ab und ging selbst für einige Wochen in stationäre Behandlung, weil sie psychisch und körperlich am Ende war. Sie war u.a. bereits etliche Male von ihrem Sohn körperlich massiv attackiert worden. Der 16-Jährige verließ nach wenigen Tagen die ihm zugeordnete WG, hauste allein und ohne Aufsicht in der mütterlichen Wohnung und konnte ungehindert rund um die Uhr im Internet aktiv sein. Nach der Rückkehr aus der Klinik sieht sich nun die ratlose Mutter mit der ungeheuerlichen Tatsache konfrontiert, dass sie sich wohl eine eigene Wohnung suchen muss. Eine Mutter ohne Rechte? Ein Aufenthaltsbestimmungsrecht, über das der minderjährige Sohn bestimmt?

Eine andere Mutter war nach ihrer verzweifelten Schilderung, Ihr Sohn säße rund um die Uhr nur noch am PC, mit den lakonischen Worten nach Hause geschickt worden: „Bei uns im Amt läuft der Computer auch den ganzen Tag“. Die Suche nach Hilfe entwickelt sich für viele Angehörige zur Farce.

Immer wieder wird uns hinterbracht, dass Jugendämter und Familienberatungsstellen bis auf wenige Ausnahmen bislang nur unzureichende Kenntnisse darüber besitzen, wie verheerend die Auswirkungen der Onlinesucht für die Betroffenen und deren Angehörige sind. Viele Familien werden als hysterisch abgetan. Es fehlt bis jetzt noch die Vorstellungskraft, was aufgrund dieser Erkrankung z.T. in den Familien los ist. Des Öfteren wird uns mitgeteilt, dass diese Stellen sich z.T. eher um die Belange der Jugendlichen als um die besorgniserregende Gesamtsituation gekümmert haben.

Auch Familiengerichte sollten mehr Informationen zu diesem Thema erhalten, weil auch hier die Vorstellungskraft fehlt, wie einschneidend die exzessive Mediennutzung die Betroffenen und damit auch deren Familien verändert. In den meisten uns zugetragenen Fällen wurde auch hier eher gegen die besorgten Elternteile ermittelt, statt ihnen Unterstützung zukommen zu lassen.

4) Therapeuten

Uns wird immer wieder berichtet, dass sich die Zusammenarbeit zwischen dem Therapeuten des Abhängigen und dessen Eltern eher schwierig gestaltet. Selbstverständlich steht der Therapeut unter Schweigepflicht, aber dennoch sollte ein Weg gefunden werden, die Eltern mehr in die neue Entwicklung des Klienten einzubinden. Manche Therapeuten werden von den Abhängigen um den Finger gewickelt und, was die Mediennutzung und die daraus resultierenden Probleme anbetrifft, schlichtweg belogen. So haben Eltern es des Öfteren erlebt, dass der Therapeut sozusagen aus allen Wolken fiel, als sie endlich die Chance bekamen, ihm aus ihrer Warte zu berichten, was sich daheim abspielt. Hier wäre eine produktivere Zusammenarbeit wünschenswert.

5) Medienpädagogen

Wir sind mit der Mediensucht–Selbsthilfe so stark nach draußen gegangen, weil wir beobachten, dass im Bereich der Medienpädagogik und im Bereich der Schulpsychologen und Sozialpädagogen nach wie vor zu wenig Kenntnisse bezüglich der Auswirkungen ungehemmter Mediennutzung vorliegen oder diese schlichtweg ignoriert werden.

Die bei den Eltern ohnehin massiv vorhandenen Schuldgefühle werden noch gefördert durch Sätze wie den einer jungen Medienpädagogin: „Wenn ein Kind genug Liebe und Halt bekommt, kann es nicht medien süchtig werden“ – ein Schlag ins Gesicht einer jeden betroffenen Mutter. Bedauerlicherweise werden viele Eltern nicht nur im privaten Bereich sondern auch bei diversen Beratungsstellen oder von Jugendämtern mit solchen Aussagen konfrontiert. Wir wünschen uns, dass mehr Mitarbeiter aus dem Versorgungsbereich in die offenere Konfrontation zu verharmlosenden Medienpädagogen und Politikern gehen. Es wäre wichtig, dass jeder in seinem Umfeld auf diese Art auch politische Arbeit leistet.

Die Ausbildung von Medienpädagogen sollte mindestens 1 Jahr aktive Arbeit in einer Suchtberatungsstelle mit Schwerpunkt Mediensucht beinhalten. Es darf nicht sein, dass hilfeschuchende Angehörige weiterhin verunsichert werden und sich dadurch die Situation in den Familien verschärft. Bei der Aussage, dass die uneingeschränkte Nutzung von suchtmachenden Spielen und die exzessive Nutzung von sozialen Netzwerken völlig normal sei, drängt sich immer wieder der Eindruck auf, dass in erster Linie die Interessen der Spieleindustrie, in keinem Fall aber die Interessen der Familien und der Betroffenen vertreten werden.

Wir empfehlen das ausführliche Studium unserer Foren mit Briefen von Aussteigern und Familien. Diese bewegenden Berichte mitten aus der Praxis, machen das ganze Ausmaß des Kampfes und der Verzweiflung der Angehörigen und der Betroffenen sichtbar.

6) Stationäre Therapieplätze, Wartezeit und Wiedereingliederung

- Sollten zunehmend mehr Betroffene aus ihrer Abhängigkeit aussteigen wollen, fehlen ganz eindeutig stationäre Therapieplätze und die damit verbundene Finanzierung. Die Vorarbeit inkl. Ausbildung dazu, braucht viel Zeit. Der Aufbau entsprechender Abteilungen muss vorangetrieben werden. Die Äußerungen von therapiewilligen Betroffenen, dass sie in einer Klinik möglichst unter sich bleiben und nicht mit Alkohol- und Drogenabhängigen zusammen untergebracht werden wollen, sollten dabei entsprechend berücksichtigt werden.
- Wenn die Entscheidung, eine Therapie zu machen, gefallen ist, beginnen wiederum völlig neue Probleme. Die Wartezeit bis zum Beginn der Therapie ist lang und erfordert, um die Motivation des Ausstiegswilligen zu erhalten, von den Angehörigen ggf. eine Rund-um-Versorgung, die in diesem Umfang meist nicht geleistet werden kann.

- Auch für die Zeit nach der Therapie wäre es hilfreich, die Klienten bei der Wiedereingliederung aktiv zu unterstützen. Die Finanzierung entsprechender Einrichtungen für Jugendliche sollte oberste Priorität haben. Ein beeindruckendes Konzept dafür, das sogenannte Gildenhaus, wurde schon von Frau Gabriele Farke mit ihrem Verein HSO e.V. , entwickelt.

7) Selbsthilfegruppen

Wir sind davon überzeugt, dass Selbsthilfegruppen therapeutische Angebote äußerst sinnvoll ergänzen. Den Patienten, die eine Therapie machen, sollte in jedem Fall empfohlen werden, dazu auch eine Selbsthilfegruppe zu besuchen. Bei unserer gesamten Arbeit animieren wir immer wieder dazu, oder ermutigen die Angehörigen oder Betroffenen, selbst eine Gruppe zu gründen. In jedem Fall sollten bereits bestehende Gruppen oder Gründungsgesuche in unser Netzwerk für Ratsuchende eingetragen werden. Interessanterweise haben dort neben Kliniken die Selbsthilfegruppen die meisten Zugriffe. Der Bedarf ist groß.

8) Klares und mutiges Umdenken

Auch das ist für uns ein wesentlicher Bestandteil der Forderungen. Durch das Internet und insbesondere durch den missbräuchlichen Umgang damit, wurden Fakten geschaffen, mit denen Viele nicht umzugehen gelernt haben, weder die gigantische Zahl von „verloren-gegangenen“ Spielern, noch die verzweifelte Angehörigen. Auch der volkswirtschaftliche Schaden, der unserer Gesellschaft durch den Ausfall zahlloser junger Menschen zugefügt wird, macht ein klares und mutiges Umdenken dringend erforderlich. Folgende Schlagzeilen aus diversen Zeitungen sollten auch einmal im Zusammenhang mit Medienabhängigkeit beleuchtet werden:

- „Jedes fünfte Kind in bayerischen Kindergärten ist verhaltensauffällig“
- „Bei mehr als 15 % der Grundschul Kinder zeigen sich Fehlentwicklungen“
- „Die Zahl der Buben und Mädchen, die in Bayern wegen psychischer Erkrankungen in einer Klinik behandelt werden mussten, stieg nach Angaben der Techniker Krankenkasse von 2005 bis 2008 um 25%“
- und „Arbeitgeber klagen, dass viele Jugendliche die erforderlichen Einstellungsvoraussetzungen nicht mehr erfüllen“.

Die Problematik der exzessiven Mediennutzung steht natürlich auch in unmittelbarem Zusammenhang mit gesellschaftlichen Problemen.

Deutschland ist kein gutes Pflaster für Familien und Kinder.

- Bei uns gibt es wesentlich weniger Kinder unter 18 Jahren als in anderen Ländern.
- 15% oder knapp 2 Millionen Kinder gelten als arm.
- Familien und Kinder haben bei uns keine Lobby.
- Die Wirtschaftskrise in Europa trifft vor allem die Jugend.
- Laut statistischem Bundesamt ist die Jugendarbeitslosigkeit seit dem Frühjahr 2008 von 15 auf heute 20 Prozent gestiegen.

Welche Perspektiven haben die jungen Menschen noch? Billig-Löhne - 400-Euro-Job - Dauer-Praktikum. Selbst Akademiker werden nur noch befristet eingestellt, stecken in Praktika fest oder finden erst gar keinen Job. Ein Spieler hat uns geschrieben, dass er „keinen Bock hat, für einen Hungerlohn so zu malochen wie sein Vater“ - da würde er lieber spielen.

Die Spieleindustrie hat mit Hilfe der Politik die Sache mit der neuen deutschen „Jugendkultur“ inklusive der in die Spiele eingebauten Suchtelemente gut eingefädelt. Der Brancheninsider Tim-Chang brachte dies in einem Interview schamlos auf den Punkt: „Man muss seine Nutzer

süchtig machen. Man muss erreichen, dass sie genervt sind, weil es so lange dauert, bis sie was erreichen. Das ist der Kern der guten Zwangsschleife.“ Bisher ist kein politisches Interesse erkennbar, an der Gesamtsituation etwas zu verändern. Die Familien werden weiterhin im Stich gelassen und der Ernst der Situation massiv unterschätzt.

Letztendlich braucht ein Mediensüchtiger nur wenig, um sein Leben zu bestreiten. Eine Mutter: *„Mein Sohn hat sich an seinem 18. Geburtstag von der Schule abgemeldet. Er will jetzt Hartz IV beantragen, sich eine kleine Wohnung nehmen und bis an sein Lebensende World of Warcraft spielen.“*

Vielleicht ist das Abgleiten in virtuelle Welten ja auch gewünscht, im Sinne von **„Opium für das Volk?“**.....

Wir als Elterninitiative und als Verein AKTIV GEGEN MEDIENSUCHT hoffen, dass wir aktiv und mutig an dieser Stelle eine Bewusstseinsveränderung mit bewirken können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.